



öffentlich

Betreff:

Uferweg am Griebnitzsee

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum: 22.05.2023

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Aufstellung des B-Planes zum Uferweg am Griebnitzsee wird weiter mit Nachdruck verfolgt. Die im Zusammenhang mit der Finanzierung der Investitionskosten für die Gemeinschaftsunterkunft am Nedlitzer Holz (Drucksache 23/SVV/0396) umgewidmeten Mittel für den Uferweg am Griebnitzsee sind zeitnah, spätestens mit dem Haushaltsplan 2025 wieder in den Haushalt einzustellen. Der Hauptausschuss ist halbjährlich über den Stand zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Bau einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete am Nedlitzer Holz sind zur Deckung der investiven Kosten nicht verausgabte Haushaltsmittel eingesetzt worden. Der Hauptposten mit etwa 3 Mio Euro sind Mittel für die Umsetzung des B-Planes Uferweg am Griebnitzsee, der gegenwärtig in Erarbeitung ist. Davon sind 2.575.344,00 Euro für den Erwerb von Grundstücken im Bereich Grünflächen/ BP 125 Uferzone Griebnitzsee und 479.799,00 Euro zur Herstellung Uferweg/-Park Griebnitzsee vorgesehen. Wenn dieser B-Plan keine finanzielle Untersetzung hat, ist sein erneutes Scheitern vorprogrammiert. Deshalb muss mit Verbindlichkeit eine Festlegung für den Ersatz dieser Mittel erfolgen.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung